

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 21.09.2026

Zivilgesellschaft nicht allein lassen - Zeit zum Handeln

Nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin mit einem massiven Erstarken der AfD in Ostdeutschland, stehen vor allem die vielen ehrenamtlich und zivilgesellschaftlich Engagierten unter Druck. Zu den Bedrohungen und Anfeindungen der letzten Monate kommt nun auch noch die Neuausrichtung der Förderbedingungen bei den Demokratieförderprogrammen der Bundesregierung und die drohende Kürzung von Förderprogrammen auf Landesebene zur Unterstützung der Zivilgesellschaft sowie die komplette Neuausrichtung von Institutionen der politischen Bildung durch neue politische Mehrheiten.

Für uns ist in dieser Situation klar: Wir lassen die Zivilgesellschaft nicht allein und stellen uns vor alle von dieser Situation betroffenen!

Zur Sicherung von wichtigen Beratungsstrukturen und Bildungsangeboten braucht es auch finanzielle Unterstützung. Vieles was jetzt wegzubrechen droht, ist Grundlage für das Engagement gerade in den ländlichen Regionen. Was einmal verschwunden ist, lässt sich nur schwer wieder aufbauen.

Wir werden deshalb im Dialog mit der Zivilgesellschaft schnellstmöglich ein neues Förderprogramm zur Stärkung von Vielfalt, Demokratie und Zusammenhalt insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen auf den Weg bringen.